

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M.,
vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich
12.50 M., vierteljährlich 37.50 M.
Anzeigen-Preise. Die einseitige 37 mm breite Zeile 1.— M. (mit Familienanzeigen, Anzeigen unter
Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 pallige An- u. Verkäufe 2.— M., Verzugspolize laut
Zerl. Auswärt. Anträge geg. Vorauszahlung. Einzelpreis 6.— M., Vorabendblätter 9 Pf.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Cieslik & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Reindruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die wachsende Isolierung Frankreichs.

Englische Kritik am französischen Chauvinismus.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
London, 16. Jan. Die englische Presse läßt durchblicken, daß sie über die Pariser Ereignisse sehr enttäuscht ist. Was Lloyd George beabsichtigte aufzubauen, eine politische Beruhigung Europas, sei zum Schicksal geworden infolge der Pariser Politik, die zum Sturz Briand führte. Es lasse sich nicht verhehlen, daß die Haltung Briand den Gang der Ereignisse in Paris beeinflusst habe. Wenn die französische Presse Briand vorwerfe, er habe zu viele Opfer gebracht, so sei dies eine Verkennung der Tatsachen, denn nicht Briand, sondern Lloyd George habe Opfer gebracht, die so bedeutend waren, daß ein großer Teil der englischen öffentlichen Meinung sie nicht billige. Sogar die „Times“ rückt von der nationalpolitischen Politik Frankreichs ab und schreibt, daß die Gegner Briand gerade verantwortlich sind für die vielen Fehler, welche die französische Politik in den letzten Monaten begangen. Wenn sie diese Richtung weiter verfolge, sei die Isolierung Frankreichs eine Tatsache. Ob die Nationalisten die Verantwortung tragen können, müsse erst abgewartet werden. Mit der Außenwelt hätten sie alle Brücken zerstört. Die politische Sprache Frankreichs werde in der Welt nicht mehr verstanden. Englische Delegierte in Cannes versichern dagegen, daß Mitterand von Poincaré fordern werde, die Verhandlungen mit England über den Vertrag fortzusetzen.

Die französische Presse über Frankreichs Isolierung.

Paris, 16. Jan. Die Ausführungen der Blätter zur Neubildung des Kabinetts Poincaré wurden meist in einem Augenblick geschrieben, als die Verhandlungen Poincarés noch nicht abgeschlossen waren. Sie beziehen sich deshalb mehr auf die gegenwärtig schwebenden Fragen der französischen Innen- und Außenpolitik im allgemeinen.

„Matin“ nennt das Ministerium Poincaré das Ministerium des Durstriedens. — „Le Nouvelliste“ schreibt, wer von der Republikanischen Partei sei nicht heftig bemüht, die Ruinen Frankreichs aufzubauen? Denn Meinungsverschiedenheiten herrschten, so betrafen diese nur die Methoden. Poincaré sei Anhänger der Annexionen und der militärischen Operationen und Gegner der Konvention, des Völkerbundes und der Diplomatie im hellen Sonnenlicht. Er beschwöre dadurch die Möglichkeit der vollständigen Vereinzelung Frankreichs herauf und sei eben dadurch der Gegner der Völker und der Mann des nationalen Hoffens. Die Zusammenfassung seines Ministeriums, wenige Mitglieder ausgenommen, könne nur die Befürchtungen verstärken, die er hinsichtlich der inneren Aktion des neuen Kabinetts und in Bezug auf dessen Außenpolitik einflöße. Die Lage sei klar und der nationale Widerstand könne nun entfalten. Die Republikaner würden diesem Versuch ohne Leidenschaft und ohne Vorurteil zustimmen. Sie seien sogar geneigt, Poincaré die Angriffe und die systematische Opposition zu erparieren, die die Rechte gegenüber einem Ministerium der Völker nicht unterlassen hätte.

„Lanterne“ schreibt, die Freunde von Poincaré verhehlen die Unterschiede mit der Gewandtheit eines Degenkämpfers. Das Blatt bemerkt: Sie sagen: Es ist nicht möglich, daß irgend etwas Besseres in der Welt ohne Frankreich geschehe. Also lassen wir Lloyd George mit dem Vorkommen und kümmern wir uns nicht weiter um diese bedeutungslosen Behauptungen. Das ist die Politik der Isolierung. Die des Glanzes entbehren wird, trotz des Prestiges des ehemaligen Präsidenten der Republik.

„Le Peuple“ erklärt, wenn Frankreich in Europa nicht vertreten sei, würden die Erörterungen des europäischen Wiederaufbaues ohne Frankreich vor sich gehen und die Entscheidungen über seinen Kopf hinweg getroffen werden. Das werde die Isolierung sein, mit der die enge, unentwickelte nationalpolitische Politik Frankreich heute bedrohe, selbst wenn die neue Regierung verände, den Liebhabern von Zwangsmaßnahmen und bewußtem Einzelgängen nicht zu folgen.

„Petit Journal“ erklärt sich überzeugt, daß das neue Kabinett unter den heutigen ersten Umständen in den von seinem Vorgänger erzielten Ergebnissen Anreigungen zu einer fruchtbareren Aktion finden werde, zu der man sich im Interesse des Landes aufrichtig beschwichtigen dürfe.

Der unveränderte Wiederaufbauwille Lloyd Georges.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 16. Jan. Eine Radiomeldung aus London verbreitet sich über die Ziele der auswärtigen Politik, die Lloyd George in Zukunft verfolgen werde. Danach strebe Lloyd George eine Vereinigung der Entente mit Frankreich an. Die Konferenz in Genoa wird als erster Schritt zum Wiederaufbau Europas betrachtet. Lloyd George habe auch einen Vorschlag gemacht, eine neue Balkenvereinbarung zu schaffen, die die Vereinigten Staaten, Deutschland, Rußland und die Alliierten umfassen soll. Was die Beziehungen zu Frankreich anbetrifft, so will Lloyd George abwarten, in welcher Weise das Kabinett Poincaré seines Amtes walten wird. Die englische Regierung ist überzeugt, daß die englisch-französische Allianz in ihrer jetzigen Gestalt durchaus nicht befriedigend sei. Jedoch selbst in dem Fall, daß Frankreich England seine Mitwirkung verweigere, sehe sich England trotzdem genötigt, keine in Aussicht genommenen Pläne zu verwerfen.

Poincaré über seine Stellung zu England.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
London, 16. Jan. In einem Interview mit der „Daily Mail“ entwickelte Poincaré sein Regierungsprogramm. Er sagte: Ich war stets und bin heute mehr als je der entschlossene Anhänger einer engen Allianz zwischen England und Frankreich. Das Hauptziel meiner Politik ist, die Beziehungen zu zerstreuen, die ein Regierungswechsel in Frankreich in England verursachen könnte. Das Projekt einer englisch-französischen Allianz, das in Aussicht genommen ist, soll unverändert bleiben. Der Unterschied zwischen der Politik des Kabinetts Briand und der des Kabinetts Poincaré würde weniger das Ziel als die Methode betreffen. Poincaré erklärte sich für den Gedanken einer englisch-französischen Allianz, wie es Briand getan hat. Er glaubt indessen, daß diese Allianz fester und auf längere Dauer geschlossen werden müßte, mit einem Wort, daß sie auf eine breitere Grundlage gestellt werden sollte. Er erklärte: Ich will in freundschaftlichem Geiste mit dem englischen Kabinett die Fragen prüfen, die politischen und schwebend sind und ich will alle Anstrengungen machen, um so schnell als möglich befriedigende Lösungen für beide Völker zu erzielen. Um zu einem engen Einvernehmen zwischen England und Frankreich zu gelangen, ist es notwendig, Mißverständnisse, die zwischen beiden Völkern aufkommen, zu beseitigen. Zu diesem Zwecke müssen wir eine gemeinschaftliche Verständigung abhalten, um unsere gegenseitigen Interessen voll verstehen zu lernen. Frankreich dringt vor allem darauf, daß seine Ruinen wiederhergestellt werden und daß man ihm seine nationale Sicherheit gewähre. In dieser doppelten Hinsicht zählt Frankreich auf die herabliche Mitarbeit Englands. Als Gegenmaßnahme ist Frankreich bereit, mit seinen Freunden und Alliierten in jeder Beziehung an der Festigung des Friedens zu arbeiten unter der Voraussetzung natürlich, daß die Rechte, die Frankreich aus den Friedensverträgen ableiten, geschützt werden. Auf die Frage, ob der endgültige Abschluß eines Defensivvertrages zwischen England und Frankreich in Aussicht genommen werden könnte, antwortete Poincaré, es erscheine ihm notwendig, daß zuvor eine allgemeine Klärung aller Fragen, dererwegen Meinungsverschiedenheiten bestehen, stattfinden.

Die erste Aussprache der Ministerpräsidenten.

Paris, 16. Jan. Ueber die Unterredung, die gestern zwischen Poincaré und Lloyd George stattfand, werden nachfolgende Einzelheiten bekannt: Poincaré erklärte, an zahlreichen Stellen der Welt händen sich heute französische und englische Interessen gegenüber. Der hier liegende Stoff der Differenzen müsse aus der Welt geschafft, mindestens müsse eine Weiterausdehnung verhindert werden. Daher müsse die gesamte Lage geprüft und natürlich die Frage der Reparation, des europäischen Wiederaufbaus und des nahen Ostens erörtert werden. Wenn dies geschehen, sei es an der Zeit, dem Vertrag seine endgültige Form zu geben. Die Garantieperiode des Vertrages von 10 Jahren sei zu kurz. Der Vertrag müsse nach dieser Zeit automatisch erneuert werden. Auch bedürfe es eines Zusatzes, daß England und Frankreich gemeinsam intervenieren würden, wenn Deutschland Polen angreife. Poincaré hielt es ferner für wünschenswert, daß sofort Zusammenkünfte von englischen und französischen Generalfeldherren einberufen würden, um die praktischen Einzelheiten im Falle einer Mobilisierung zu erläutern. Lloyd George erklärte, er wünsche vor allem die Frage der Reparationen und der Wiederherstellung der Lage in Europa erledigt zu sehen. Er lege großen Wert darauf, daß sofort eine Zusammenkunft zwischen dem neuen französischen Finanzminister de Laferrière und Robert Horne erfolge. Poincaré erklärte sich bereit, diese Vorschläge zu veranlassen. Weiter sagte Lloyd George, Lord Curzon werde am Montag nach Paris kommen und Gelegenheit nehmen, mit Poincaré verschiedene auswärtige Fragen zu erörtern, namentlich hinsichtlich des nahen Ostens. Poincaré erklärte endlich noch, Frankreich werde die Konferenz von Genoa selbstverständlich besuchen, aber er selbst werde nicht dort erscheinen.

Das neue Kabinett und die Beschlüsse von Cannes.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Basel, 16. Jan. Der „Baseler Anzeiger“ meldet aus Paris: Eine Davos-Rote vom Sonnabend früh hebt hervor, daß das französische Kabinett sich keine Stellungnahme zu den letzten Beschlüssen in Cannes vorbehalte. Auch wird die Zustimmung zu einer Wirtschaftskonferenz in Genoa erst vom neuen Ministerium nach Anhörung der Kammer zu unterzeichnen sein. Gegenüber privaten Meldungen stellt die offizielle Agentur fest, daß nur insoweit Beschlüsse des Obersten Rates für die neue Regierung bindend seien, als sie die Unterzeichnung des früheren Ministerpräsidenten Briand trügen. Das sei in Cannes überhaupt nicht der Fall gewesen, weil die Unterzeichnung erst im Schlußprotokoll gemeinsam vorgenommen werden sollte. Dennoch werde das neue Kabinett lokal gegenüber seinen früheren Verbündeten handeln.

Eine Unterredung de Laferrière mit Robert Horne.

Paris, 16. Jan. Zwischen dem Finanzminister de Laferrière und Sir Robert Horne soll gestern Abend bereits eine Aussprache stattgefunden haben. Die Verhandlungen würden, so behauptet der „Matin“, in den folgenden Wochen fortgesetzt werden, jedoch auf diplomatischem Wege. Was die Konferenz von Genoa anlangt, so werde jedenfalls Briand nach dort gehen. (W. T. B.)

Ungarn und Deutschland.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Budapest, 15. Jan. Die außenpolitische Geistesverfassung Ungarns ist wieder auf Deutschland eingestellt. Es waren hier in der letzten Zeit einige Schwankungen zu beobachten. Das Rückgrat der ungarischen Außenpolitik bildet der Wunsch nach Wiederherstellung Großungarns. Daher die monarchistische Staatsform, die auch heute noch nicht überwundene Antipathie gegen die Nachbarstaaten, das fanatische Ringen um Deutschweingarn, wobei wenigstens Dedenburg zurückgehalten werden konnte. Rat- und planlos sind ungarischer Staatsmänner bald bei Frankreich, bald bei Italien, ja sogar bei Rumänien, um Rückhalt und Anlässe zur Verwirklichung ihres Heiles. Stets mit dem gleichen Mißtrau, in dem man jetzt die Opportunistenpolitik über Bord wirft und auf Grundzüge zurückgeht: man sucht wieder Anhalt bei Deutschland und, nach Vereinnahmung der bürgerlichen Kräfte, auch bei Österreich. Eben jetzt weilt der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen mit seinem großen Stabe von Referenten in Wien, um auf dem Umwege über ein wirtschaftspolitisches Hebereißenkommen auch wieder zur politischen Freundschaft zu gelangen. Auch österreichischerseits ist man sichlich bemüht, der Eindruck des Vertrages von Vana möglichst abzumildern. Die Hebung der Ängste der österreichischen Christlichsozialen, Prof. Selzer, es wäre ihm peinlich, daß der Vertrag mit den Deutschen dem Vertrag mit den Ungarn zeitlich vorangegangen sei, war an die Adresse Ungarns gerichtet.

Wie sehr man in Ungarn bemüht ist, sich mit Deutschland möglichst gut zu stellen, bewies die Interpellation Kovacs in der Sitzung der ungarischen Nationalversammlung vom 11. d. M. Die Interpellation warf die Frage auf, ob die in der letzten Zeit vorgenommene französische Orientierung für Ungarn von Vorteil sei, und erklärte, Frankreich näherte sich zusehends dem Zustand der Isolierung. Die Deutschen seien heute allerdings ein abgetrenntes Volk, sie haben aber nicht aufgehört, ein wichtiger Faktor in Europa zu sein. Es wäre eine tragische Wendung, wenn Ungarn, das so lange der Verbündete Deutschlands war, sich nunmehr dessen argem Feinde anschließen würde. Kovacs äußerte auch seine Bedenken über die Absicht, den bisherigen Pariser Weidachsträger Ungarns durch einen ausgesprochenen Franzosenfreund zu ersetzen.

Aus der weiteren Debatte wurde auch, was bisher geheimgehalten worden war, bekannt, daß das Königspar bei seinem Vordringen auf Budapest Ende Oktober v. J. auf ein Haar von Soldaten des Reichsverwehlers ermordet worden wäre. Als die Salotti von Budapest bereits zu neuen Vorhaben entschlossen war und Karl und Rita sich nach Tokio zurückgezogen hatten, drang eine bewaffnete Bande in ihr Haus ein, unter Führung eines gewissen Kovacs, mit der erklärten Absicht, dem ehemaligen König „Sanktionen“ in die Taschen zu stecken. Vorher war die Verhärde entworfen worden. Erh als eine Gendarmenkompanie anrückte, konnte das Königspar aus der gefährlichen Situation befreit werden. Die Regierung hat in dieser Sache eine strenge Untersuchung eingeleitet. Wirtschaftlich gehalten hat die Lage Ungarns, namentlich der ungarischen Industrie, etwas bedrohlich. Die Budapestener Reparationskommission hat den Anspruch auszusprechen auf den Kohlenbezug aus dem russischen Gebiet anerkannt. Es herrscht daher in Ungarn Kohlenmangel, die Fabriken stellen zum Teil die Betriebe ein, und in den Straßen Budapests häufen sich die Demonstrationen von Arbeitlosen.

Kathenau mit Wirth beim Reichspräsidenten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).
Berlin, 16. Jan. Reichskanzler Dr. Wirth besah sich gestern Abend noch mit Dr. Rathenau zum Reichspräsidenten Ebert, dem Rathenau ebenfalls Bericht erstattete. Seine nachmittags 1 Uhr findet eine Chefbesprechung der Reichsministerien im Reichskanzleramt statt. Um 6 Uhr tritt der Reichsratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Die Verhandlungen sind vertraulich. Die Rede, die Rathenau dem Obersten Rat gehalten hat, und deren Skizzen bereits mitgeteilt wurde, wird morgen unverzüglich veröffentlicht.

Berlin, 16. Jan. Nachdem gestern Abend die deutsche Delegation aus Paris wieder hier eingetroffen ist, begab sich Dr. Rathenau sofort zum Reichskanzler Dr. Wirth, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Im Anschluß daran fanden Besprechungen mit den zuständigen Ressortministern statt, die sich bis in die Nacht hinein zogen.

Zahlungsauftrag an die deutsche Kriegslasten-Kommission?

Paris, 16. Jan. „Excelsior“ behauptet, daß die deutsche Kriegslastkommission in Paris beauftragt sei, der Wiederaufbaukommission am 18. Januar die Summe von 31 Millionen Goldmark auszu zahlen.

Das Schicksal des deutschen Vermögens in Amerika.

New York, 16. Jan. Der Plan, das Eigentum der früheren feindlichen Ausländer im Werte von 100 Millionen Dollar zur Ausdehnung der fälligen Handelsverbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Mächten zu verwenden, wurde vom Senator Miller in einer Rede bei einem Frühstück verbreitet. Der Plan wird von hohen Washingtoner Persönlichkeiten unterstützt und wahrscheinlich in Kürze dem Kongress vorgelegt werden. Seine Annahme würde bedeuten, daß das Geld in den Vereinigten Staaten zur Vergebung des Handels bleibt, während, wenn das Geld an Deutschland zurückgegeben würde, ungefähr 95 Prozent als Entschädigung für durch Unterbesetzung verlorene Handelschiffe konfisziert werden müßten.